

Ehrlich machen bei der Energiewende?

Bundestagswahl – Welche Rolle der Klimaschutz für die neue Bundesregierung spielen sollte und was sich ändern muss

GASTKOMMENTAR

Weg von fossilen Energien, hin zu Erneuerbaren

Kosten des Klimaschutzes niedriger als Kosten des Klimawandels **VON CLAUDIA KEMFERT**

Seit den 1980er-Jahren des vergangenen Jahrhunderts wird erfolgreich vonseiten der Fossil-Lobby gegen Klimaschutz opponiert. Es wurden umfangreiche PR-Strategien erarbeitet, die das Narrativ „Klimaschutz kostet“ erfolgreich in den öffentlichen Diskurs eingebracht haben.

Leider haben Medien diese Narrative nie hinterfragt, sondern nutzen sie bis heute. In allen Wahlkämpfen, bis heute, wurden und werden von Journalist:innen ausschließlich Fragen gestellt wie: „Was kostet der Klimaschutz?“ Es wurde nie die Frage gestellt „Was kostet uns kein Klimaschutz?“ Dies ist ein Beleg, dass die PR-Strategien gefruchtet haben, und die Medien leider keine ausreichenden Plattformen zur Selbstreflexion oder Institutionen haben, um diese zu hinterfragen. Die PR-Kampagnen waren in vielerlei Hinsicht sehr erfolgreich.

Ziel war es ja vor allen Dingen auch, wissenschaftliche Erkenntnisse anzuzweifeln. Dazu gehört auch die Diskreditierung einzelner Wissenschaftler:innen. Dies ist mir persönlich sehr bekannt. Seit mehr als 15 Jahren erstellen wir Studien zu den Kosten des Klimawandels, die unaufhörlich ansteigen, wenn nicht rechtzeitig gegengesteuert wird. Derzeit sieht man sehr eindrücklich, wie stark die Kosten wachsen. Die Kosten des Klimaschutzes sind weit aus geringer als die Kosten des Klimawandels. Oder mit anderen Worten: Die Kosten des Nichthandelns sind sehr viel höher als die Kosten des Handelns. Davon zeugen viele und langjährige Analysen, die wir dazu gemacht haben. Diese wurden in den Medien oftmals nicht reflektiert. Es ist aus meiner Sicht notwendig, genau diese Themen in die journalistische Ausbildung zu integrieren, und als festes Thema in allen Redaktionen zu verankern. Genauso wichtig ist es, in Schulen das Thema einfach zu erklären. Zwei Gründe sind zu nennen, warum die Narrative sich so sehr verankert haben: gezielte PR-Kampagnen, die dies erfolgreich etabliert haben, und unzureichende Information, Transparenz und Aufklärung.



Prof. Dr. Claudia Kemfert

Foto: Oliver Betke

Es ist dringend notwendig, rasch gegenzusteuern und wegzukommen von fossiler Energie hin zu erneuerbaren Energien – und wir müssen mehr Energie sparen. Wir benötigen einen deutlich schnelleren Ausbau der erneuerbaren Energien. Das Ausbauteempo muss vervierfacht werden, zudem muss das Energiesparen in allen Bereichen, im Gebäude aber auch im Industriebereich, vorangebracht werden.

Auch die Elektromobilität muss stärker gefördert werden, die Ladeinfrastruktur schneller ausgebaut werden, der Schienenverkehr und ÖPNV gestärkt werden. Derartige Investitionen lohnen sich volkswirtschaftlich, da dadurch Wertschöpfung, Resilienz und zukunftsfähige Arbeitsplätze geschaffen werden. Rausgeschmissenes Geld sind hingegen Subventionen für fossile Energien, wie ein Tankrabbat oder Energiepreissenkungen statt Energiesparen zu fördern. Rausgeschmissenes Geld sind ebenso umweltschädliche Subventionen, angefangen von der Diesel-Steuererleichterung über fehlende Mehrwertsteuer auf internationale Flüge bis zur Dienstwagenförderung.

Kluger Klimaschutz schafft soziale Gerechtigkeit. Die Folgen des Klimawandels – Dürren, Überschwemmungen oder Stürme – treffen die ärmsten härter als anpassungsstärkere reiche Nationen und Bevölkerungsschichten, in Deutschland wie im Rest der Welt. Hitze- und Kälteperioden treffen die Schwächsten härter als die Starken und Gesunden. Klimaschutz hilft den Schwächsten. Menschen mit geringem Einkommen, egal ob Pflegekraft, Friseurin oder Rentner, konsumieren wenig und haben meist einen kleineren CO₂-Fußabdruck. Trotzdem müssen sie – heimlich und ohne es zu wissen – den Preis der ach so

erstrebenswerten „fossilen Freiheit“ bezahlen. Ihre Steuergelder gehen nämlich in Form von Freibeträgen und Subventionen ausgerechnet an Menschen mit großem CO₂-Fußabdruck, also an diejenigen mit dem großen Einfamilienhaus, mit Erst- und Zweitwagen oder mit Dienst- und Urlaubsreisen in ferne Länder. Klimaschutz schafft Kostenwahrheit. Und Klimaschutz schafft soziale Gerechtigkeit zwischen Arm und Reich, zwischen Stark und Schwach und zwischen den Generationen von heute und morgen.

Klimaschutz darf auf keinen Fall hinten runterfallen, dies ist zu oft

Klimaschutz, Schuldenbremse, Migration

Drei zentrale Themen, über die die gescheiterte Ampel-Koalition gestritten hat und die auch die neue Bundesregierung beschäftigen werden: Klimaschutz, Schuldenbremse, Migration. Im Vorfeld der Bundestagswahl tauschen Experten in der DHZ Argumente und Thesen zu diesen Themen aus. Dazu gibt es Hintergründe zu den Forderungen des Handwerks und Analysen, welche Mittelstandspolitik den Parteien vorschwebt.

Alle Infos zur Wahl finden Sie hier gebündelt: www.dhz.net/btw2025

passiert, in der Finanzkrise, während der Pandemie, in Kriegen. Uns läuft die Zeit davon, wir sind bereits mitten im Klimawandel. Wenn wir nicht gegensteuern, wird die Erde für die zukünftigen Generationen unbewohnbar. Wir dürfen den fossilen Lobbyisten nicht das Feld überlassen. Wir müssen raus aus den fossilen Abhängigkeiten samt Narrativen. Die Energiewende hin zu erneuerbaren Energien ist das beste Friedensprojekt, welches wir weltweit haben.

Klimawandel kostet uns Milliarden, Investitionen in Klimaschutz schaffen enorme wirtschaftliche Vorteile.

Prof. Dr. Claudia Kemfert leitet seit April 2004 die Abteilung Energie, Verkehr, Umwelt am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) und ist Professorin für Energiewirtschaft und Energiepolitik an der Leuphana Universität. Sie studierte Wirtschaftswissenschaften an den Universitäten Bielefeld und Oldenburg (Promotion 1998) und Stanford.

GASTKOMMENTAR

Wohlstand und sozialer Friede gefährdet

Die Politik bürdet der deutschen Wirtschaft einseitig Lasten auf **VON CHRISTOPH CANNE**

Die neue Strompreisanalyse des Bundesverbands der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) vom Dezember 2024 macht wenig Hoffnung: Sie weist einen durchschnittlichen Haushaltsstrompreis von 40,92 Cent pro Kilowattstunde auf. Dies sind zwar 11 Prozent weniger als der Rekordwert von 45,73 Cent pro Kilowattstunde im Jahre 2023, jedoch muss man bedenken, dass die EEG-Subventionen für Wind- und Solarstromanlagen in diesem Jahr auf circa 20 Milliarden Euro ansteigen. Der Steuerzahler legt folglich nochmals circa 5 Cent pro Kilowattstunde obendrauf.



Dr. Christoph Canne

Foto: privat

Euro, die bis 2045 auf die Verbraucher zukommen werden.

Ein Faktor wird jedoch zu wenig in der Öffentlichkeit diskutiert und dies sind die steigenden CO₂-Kosten. Hier werden die deutschen Verbraucher direkt von zwei Effekten getroffen: Die Strompreise haben sich durch die stark gestiegenen Kosten des Emissionshandels „EU-ETS1“, die fossile Kraftwerksbetreiber zu zahlen haben, erhöht. Betrogen die Kosten für die Emission einer Tonne CO₂ vor 2018 zwischen 5 und 10 Euro, so schoss dieser Preis bis 90 Euro im Jahre 2023 nach oben und beträgt aktuell circa 68 Euro pro Tonne, was sehr unmittelbar auf den Strompreis durchschlug. Zusätzlich werden die Verbraucher durch den Anstieg der CO₂-Steuer auf Erdgas und Treibstoffe belastet. Diese steigt 2025 auf 55 Euro pro Tonne – gegenüber 30 Euro im Jahr 2023. Fast eine Verdoppelung – und durch die Einführung eines zweiten Emissionshandelssystems für diese Energieträger ab 2027 sind auch hier noch weiter steigende Preise zu befürchten.

Nun gibt es sicherlich gute Argumente, den Verbrauch von CO₂ einzuschränken. Die europäische Vorgehensweise erweist sich jedoch aus mehreren Gründen als verheerend: 1. Der deutsche Anteil an den globalen CO₂-Emissionen ist mit 1,6 Prozent verschwindend gering und allein China erhöht seinen CO₂-Ausstoß jährlich um die gesamte in Deutschland emittierte CO₂-Menge. Selbst eine vollständige Dekarbonisierung unseres Landes wäre also allein durch China in einem Jahr kompensiert.

2. Die einseitige Belastung eines Wirtschaftsraums mit CO₂-Abgaben, während in anderen Regionen wesentlich geringere oder gar keine Belastungen anfallen, führt zu der jetzt beobachtbaren Deindustrialisierung des Landes.

3. Ein einseitiger Verzicht eines Landes auf fossile Rohstoffe wie Erdgas und Rohöl hat einen kontraproduktiven Markteffekt auf der globalen Ebene. Dieser Verzicht führt ceteris paribus auf dem Weltmarkt zu geringeren Preisen, welche dann die Nachfrage in anderen Ländern steigern. Als Ergebnis wird der geringere Verbrauch in Deutschland durch einen steigenden Verbrauch in anderen Ländern kompensiert, möglicherweise sogar noch mit weniger effizienten Verbrennungstechnologien.

Als Ergebnis bleibt festzuhalten, dass die derzeitige Politik der steigenden Belastung von Wirtschaft und Verbrauchern mit CO₂-Abgaben zu einseitigen Wohlstandsverlusten unseres Landes führt, ohne dass die globalen Emissionen verringert werden. Die Folgen sind bereits erkennbar: So belegt Deutschland in den aktuellen Wachstumsstatistiken des IWF und der OECD in der Reihe der großen Industrieländer den letzten Platz, ohne dass eine Aussicht auf Besserung erkennbar ist.

Eine Lösung aus diesem Teufelskreis kann allein gefunden werden, wenn unter den großen Industrieländern eine Systematik der CO₂-Bepreisung entwickelt wird, die für die Wirtschaft aller Länder vergleichbare Auswirkungen hat – dies muss auch geschehen um den Preis, dass ein hieraus entwickelter CO₂-Preis geringer als der derzeitige ETS-Preis in der EU wäre.

Eine Politik, die diese Notwendigkeit nicht beachtet und stattdessen lieber einseitig die Belastung für Wirtschaft und Verbraucher in Deutschland weiter erhöht, wird die Probleme unseres Landes eskalieren und auf diese Weise Wohlstand und sozialen Frieden in unserem Land gefährden.

Dr. Christoph Canne ist Diplom-Chemiker und Diplom-Kaufmann mit Promotion in Biophysik. Er ist seit 2022 Pressesprecher der „Bundesinitiative Vernunftkraft“. Canne gehört dem Fachbereich Volkswirtschaftslehre von „Vernunftkraft“ an und widmet sich in seinen Beiträgen vorrangig der Analyse und Darstellung ökonomischer Zusammenhänge in der Energiepolitik. Er lebt in Saarlouis.